Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für d. Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt.
Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten
die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 250. Mittwoch den 7. September 1887. 81. Jahrgang

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Landtagswahl betreffend.

Die Liste der in dem III. Wahlkreise der Stadt Leipzig wohnhaften, für die bevorstehende Landtagswahl stimmberechtigten Personen liegt von

Mittwoch, den 7. dieses Monats an
bis mit
Dienstag, den 13. dieses Monats,

— einschließlich des dazwischen liegenden Sonntags — von Vormittags 8 bis 12 Uhr und Nachmittags 2 bis 6 Uhr im Stadthause, Obstmarkt 3, I. Etage, Zimmer Nr. 87, für die Betheiligten zur Einsicht aus. Einsprüche gegen diese Liste sind nur bis zum Ablaufe des 7. Tages von der erfolgten Auslegung der Wahlliste an, also bis mit
Dienstag, den 13. dieses Monats, Abends 6 Uhr,
zulässig.

Leipzig, am 5. September 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Clauß.

Der III. Wahlkreis der Stadt Leipzig umfaßt folgende Straßen und Plätze:

Albertstraße, Alexanderstraße, Alter Amtshof, Arndtstraße, Auenstraße, Bayerische Straße, Beethovenstraße, Bismarckstraße, Brandvorwerkstraße, Braustraße, Kleine Burggasse, Carl Tauchnitzstraße, Centralstraße, Colonnadenstraße, Davidstraße, Dorotheenplatz, Dorotheenstraße, Dufourstraße, Elisenstraße, Elsässer Straße, An der alten Elster, Elsterstraße, Emilienstraße, Erdmannstraße, Färberstraße, Fichtestraße, Fleischerplatz, Floßplatz, Frankfurter Straße, Fregestraße, Fürstenstraße, Gottschedstraße, Grassistraße, Gustav Adolphstraße, Härtelstraße, Harkortstraße, Hauptmannstraße, Hillerstraße, Hohe Straße, Jacobstraße, Johannapark, Kaiser Wilhelmstraße, Kaiserin Augustastraße, Kochstraße, Körnerplatz, Körnerstraße, Kramerstraße, Kronprinzstraße, Lampestraße, Leibnizstraße, Lessingstraße, Lützowstraße, Mühlmannstraße, Marschnerstraße, Mendelssohnstraße, Moltkestraße, Moritzstraße, Muldenstraße, Mozartstraße, Mühlgasse, Münzgasse, Naundörfchen, Obstmarkt, Pestalozzistraße, Peterssteinweg, Plagwitzer Straße, An der Pleiße, Pleißenstraße, Poniatowskistraße, Promenadenstraße, Quaistraße, Ranstädter Steinweg, Rosenthalgasse, Vor dem Rosenthalthore, Rudolfstraße, Scharnhorststraße, Schenkendorfstraße, Schletterstraße, Schleußiger Weg, Schreberstraße, Schreberstraße, Sebastian Bachstraße, Sedanstraße, Seitenstraße, Sidonienstraße, Simsonstraße, Sophienstraße, Steinstraße, Südplatz, Südstraße, Thomasiusstraße, Waldstraße, Weststraße, Wettiner Straße, Wiesenstraße, Windmühlenstraße, Zeitzer Straße und Zimmerstraße.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Königlichen Finanzministeriums sollen die zur Grundsteuer abgeschätzten Gebäude in Leipzig auf den Steuervermessungsmutterblättern vollständig nachgetragen und die dazu erforderlichen Vermessungsarbeiten demnächst durch die damit beauftragten Finanzvermessungsgeometer Proft und Schumann in Ausführung gebracht werden.

Die betheiligten Grundstücksbesitzer werden hiervon mit der Aufforderung in Kenntniß gesetzt, den genannten Beamten und deren Vermessungsgehilfen das Betreten ihrer Grundstücke zu dem angegebenen Zwecke und die Vornahme der nöthigen Vermessungen daselbst unverzüglich zu gestatten.

Leipzig, den 27. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Str. Reg. 6168. Dr. Georgi. Göhlitz.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage ist
Frau **Bertha** verehel. **Albrecht**,
Grimmaischer Steinweg Nr. 28 wohnhaft,
als Hebamme für die hiesige Stadt verpflichtet worden.

Leipzig, den 30. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 1077. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar, Ref.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage ist
Herr **Mathias Roß**,
hier, Colonnadenstraße Nr. 22 wohnhaft,
von uns für die gewerbsmäßige Ausübung der mikroskopischen Fleischbeschau in der Stadt Leipzig in Pflicht genommen worden.

Leipzig, am 30. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 1494. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar, Ref.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 24. August d. J., den Schneidergesellen
Julius Eduard Gustav Lange
betreffend.

Leipzig, den 1. September 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. II. 2470. Dr. Fischer. Poppe.

Bekanntmachung.

Die Anfertigung und Anlieferung von 1300 lfd. m granitnen Schleußensohlstücken sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Lieferung granitner Schleußensohlstücken"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 24. September cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. September 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 3411. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Anfertigung und Anlieferung von 300 gußeisernen Schleußendeckeln sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Lieferung von Schleußendeckeln"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 24. September cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. September 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 3411. **Straßenbaudeputation.**

Bekanntmachung.

Die Anfertigung und Anlieferung von 300 gußeisernen Wasserverschlußrohren zu Straßenseitenschleußen sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Lieferung von gußeisernen Wasserverschlußrohren"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 24. September cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 6. September 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 3411. **Straßenbau-Deputation.**

Der Buchhändler Herr **Arnold Hirt** hier hat den Verlust der ihm auf das Jagdjahr 1887/88 unter Nr. 20 ausgefertigten **Jagdkarte**, sowie der ihm am 16. April l. Js. ertheilten **Paßkarte** Nr. 620 angezeigt. Es werden deshalb beide Karten zur Verhütung von Mißbrauch hiermit für ungiltig erklärt.

Leipzig, am 5. September 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
III. 3158. Bretschneider. Bach.

Bekanntmachung.

Die zum Neubau des Pfarrhauses zu Lindenau erforderlichen Tischler-, Glaser-, Schlosser-, Klempner-, Maler- und Lackirer- sowie Schieferdecker- und Holzcementdach-Arbeiten werden hiermit zur Vergebung öffentlich ausgeschrieben. Blanketts zu vorstehenden Arbeiten sind durch die Kirchenexpedition, Heinestraße 16, zu beziehen und mit Preisen versehen bis **Montag**, den **12. dss. Mts.**, Abends **6 Uhr** ebendaselbst wieder abzugeben.

Lindenau, den 4. September 1887.

Der Kirchenvorstand das.
Sorge.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bulgarischen Frage.

Die bulgarischen Verhältnisse verwickeln sich zusehends, statt sich zu klären und zu vereinfachen. Heute liegt eine Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vor, aus welcher sich der deutsche Standpunct in der bulgarischen Frage ergiebt. Danach liegt festes Eintreten dafür im deutschen Interesse, daß Europa die ehrgeizigen bulgarischen Fürsten und Minister zur Ruhe verweise. Wie das zu geschehen habe, sagt das halbamtliche Organ nicht und bemerkt nur, daß Deutschland aus Achtung vor seiner eigenen Unterschrift an den Verträgen festhalte. Die Kundgebung schließt mit einer Erklärung, welche ohne nähere Begründung unverständlich ist: Das Unternehmen des Koburgers sei nur erklärlich, wenn dieser als Träger der ausschließlich orleanistischen, durch den dauernden Frieden nicht geförderten Interessen aufgefaßt werde.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" läßt die Sendung des Generals Ernroth unerwähnt, jedenfalls aus dem Grunde, weil sie mit dem Berliner Vertrage, welcher die staatliche Selbstständigkeit Bulgariens, abgesehen von dessen Vasallenverhältniß zur Türkei, verbürgt, nicht vereinbar wäre; sie verlangt dagegen, daß Europa die ehrgeizigen bulgarischen Fürsten und Minister zur Ruhe verweise. Zur Ergänzung Dessen, was die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** verschweigt, steht nur der gestern von uns mitgetheilte Vorschlag der „Politischen Correspondenz" zur Verfügung, eine neue Fürstenwahl unter Ausschluß der Vertreter Ostrumeliens vorzunehmen. Es fragt sich, ob dieser Vorschlag den Beifall Rußlands findet, denn ohne solchen wäre er aussichtslos. Aber selbst wenn darüber ein Einverständniß zu gewinnen wäre, so bliebe immer noch als Hauptschwierigkeit die Frage übrig, wer die Fürstenwahl vornehmen soll. Die gegenwärtig noch vorhandene Sobranje erscheint dazu nicht geeignet, weil Rußland dieselbe nicht als die gesetzmäßige Volksvertretung gelten läßt, und eine neue Sobranje würde Rußland nur genügen, wenn sie ohne Einwirkung der in Bulgarien bestehenden Gewalten zu Stande käme. Es bliebe, um Rußland zufrieden zu stellen, also nur übrig, daß die türkische Regierung den Fürsten und sein Ministerium zeitweilig in den Ruhestand versetzte und die Wahlen zur Sobranje selbst ausschriebe und vornehmen ließe, dann müßte aber der Erlaß des bulgarischen Ministeriums, durch welche die Wahlen auf den 9. October anberaumt sind, zurückgezogen und durch einen türkischen Erlaß ersetzt werden. Das würde eine so bedeutende Veränderung der gegenwärtigen Lage in Bulgarien voraussetzen, daß ihre Gestaltung nur auf gewaltsame Weise geschehen könnte, und damit wäre die Erhaltung des Friedens, welche der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zur Richtschnur dient, noch schlechter verbürgt als durch den gegenwärtigen Zustand in Bulgarien. Was hat man sich überhaupt unter [illegible] zu denken: „Europa muß die ehrgeizigen Fürsten [illegible] Bulgariens zur Ruhe verweisen?" [illegible] Bulgarien ist nicht durch seine Fürsten und Minister [illegible] aller Art [illegible] die russischen Wühlereien gestört und [illegible] den Bulgaren und ihren Führern [illegible] eingerichtet. [illegible] gemacht werden kann, ist der Staatsstreich [illegible] 1885, durch welchen die Vereinigung [illegible] von Rumelien ausgesprochen wurde. Den Ereignissen, welche sich aus dieser Gewaltthat entwickelt haben, ist Fürst Alexander zum Opfer gefallen, und im Uebrigen ist der Staatsstreich durch die Zustimmung der Türkei und der Mächte, welche die Ernennung des Fürsten Alexander zum Generalgouverneur Ostrumeliens billigten, legalisirt worden. Was nachher geschehen ist, kommt ausschließlich auf Rechnung Rußlands, welches durch die Sendung des Generals Kaulbars und seine nachherige Politik der Verwirrung die Bulgaren zur Verzweiflung getrieben hat.

Bis zur Wahl des Prinzen Ferdinand hat sich Bulgarien vollständig innerhalb der ihm durch den Berliner Frieden gezogenen Grenzen bewegt, auch die Wahl selbst ist eine unanfechtbare Handlung; erst das Erscheinen des Gewählten in Bulgarien ohne Zustimmung der Vertragsmächte bildet eine Handhabe, deren sich Rußland bedienen konnte, um gegen das Vorgehen der Bulgaren Einspruch zu erheben. Bei Beurtheilung des Geschehenen darf man aber nicht vergessen, daß zwischen der Wahl vom 7. Juli und der Ankunft des Prinzen Ferdinand in Tirnowa am 14. August ein verhältnißmäßig langer Zeitraum liegt, der unzweifelhaft genügt hätte, um die Zustimmung der Mächte einzuholen, wenn nicht der Widerstand Rußlands dieselbe unmöglich gemacht hätte. Bulgarien hat innerhalb der Zeit vom 7. September 1886, dem Tage der Abreise des Fürsten Alexander von Sofia, bis zum 15. August, dem Tage der Vereidigung des Prinzen Ferdinand, sehr ehrenvolle Beweise seiner Lebensfähigkeit und Widerstandskraft beigebracht und wäre deshalb sicherlich eines besseren Schicksals würdig, als der Herrschsucht und den Eroberungsplänen Rußlands geopfert zu werden. In der That erfreut sich denn auch Bulgarien der Sympathien aller unbefangen Urtheilenden und durch Rücksichten der Politik an der Kundgebung ihres Urtheils nicht verhinderten Personen. Die deutsche Politik ist durch das Streben, den europäischen Frieden zu erhalten, bestimmt, danach sind alle Schritte der Regierung zu beurtheilen und dadurch finden auch alle Maßregeln, welche ohne dieses Streben räthselhaft erscheinen würden, ihre Erklärung.

Daß der russische und österreichische Standpunct schwerer in Einklang zu bringen sind als der russische mit dem deutschen, liegt in der Natur der Interessen, welche für Rußland und Oesterreich auf der Balkanhalbinsel auf dem Spiele stehen. Man darf aber nicht außer Acht lassen, daß die Zusammenkünfte in Skiernewice und in Kremsier nach dem Berliner Frieden stattgefunden haben, und daß die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich, welche damals schon eine Reihe von Jahren bestand, kein Hinderniß für die Gestaltung und Befestigung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Reichen bildete. Auch heute noch wäre die Fortsetzung dieser Beziehungen möglich, wenn Rußland sich damit begnügte, einen mäßigen Einfluß auf die staatliche Entwickelung Bulgariens auszuüben. Nach den neuesten Erfahrungen ist aber eine solche Mäßigung von Rußland nicht zu erwarten, andererseits kann Oesterreich nicht zugemuthet werden, daß es Rußland zu Liebe seine seit neun Jahren auf der Balkanhalbinsel erworbene Stellung preisgeben soll.

Ob der Fürst, welcher über Bulgarien herrscht, ein Sprößling des Battenbergischen oder Koburgischen Hauses ist, läßt die Interessen Rußlands und Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel unberührt; für Rußland ist allein der Gesichtspunct entscheidend, daß in Bulgarien kein Fürst das Scepter führen darf, als ein Werkzeug Rußlands. Das ist dem Geiste des Berliner Friedens entgegen; Bulgarien soll ein der Türkei tributpflichtiges, im Uebrigen unabhängiges Fürstenthum sein. An dieser Unvereinbarkeit der russischen Interessen mit dem Geiste des Berliner Vertrages scheitert die Lösung der bestehenden Schwierigkeiten. Rußlands Politik in Bulgarien hat keinen andern Zweck, als dieses Land dem Berliner Frieden zum Trotz zur russischen Provinz zu machen.

Rußlands Presse, insbesondere die panslawistische beargwohnt die deutsche Politik, weil sie nicht aufrichtig sei. Woher stammt dieser Argwohn? Offenbar nur aus dem Bewußtsein, daß die russische Politik das Gegentheil von Dem scheinen will, was sie ist. Aus dem Kampfe um Bulgarien wird Derjenige als Sieger hervorgehen, welcher die größte Ausdauer und die größte Kraft in der Kunst beweist, seinen Wünschen Schweigen zu gebieten. Rußland hat aus dem Grunde geringe Aussicht, in der bulgarischen Angelegenheit seine Politik triumphiren zu sehen, weil das übrige Europa das entgegengesetzte Interesse hat. Die Partie steht so: Auf der einen Seite das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, auf der anderen die Drohung mit einem russisch-französischen Bündniß, in der Mitte zwischen beiden der Wille Deutschlands, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten. Nur Kurzsichtigkeit kann zu der Annahme führen, daß es sich bei dem gegenwärtigen diplomatischen Kampf darum handelt, ob Deutschland sich auf die Seite Rußlands schlägt oder nicht.

* * *

* Der vorstehend erwähnte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Haltung Deutschlands in der bulgarischen Frage knüpft an den gestern von uns mitgetheilten Artikel der „Kölnischen Zeitung": „Deutschland und Rußland", an und führt Folgendes aus:

Die „Kölnische Zeitung" warnt, wie man sieht, „die deutsche Staatskunst" davor, sich mit Frankreich in „Wettkriechen" um die Gunst Rußlands einzulassen. Es ist uns unerfindlich, durch welche Gedankenverbindung sie zu dieser Warnung veranlaßt worden ist. Sie beruft sich im weiteren Verlauf des Artikels darauf, daß „ein junger russischer Diplomat" erzählt habe, „Herr v. Giers habe scherzhaft geäußert, Fürst Bismarck stelle sich in der bulgarischen Angelegenheit dermaßen auf den russischen Standpunct, daß man zweifeln könne, ob er deutscher oder russischer Minister sei".

Wir überlassen es den Lesern, den Werth dieses Belastungsmaterials zu beurtheilen.

Die Aufgabe, welche die deutsche Politik sich gestellt hat, und die Wege, auf denen sie dieselbe zu lösen sucht, liegen klar genug zu Tage. Man hat dieser Politik bisher den Vorzug der Offenheit nicht abgesprochen; ihre Handlungen haben sich immer gedeckt mit ihren Worten. Die Weltlage stellt derselben im Interesse des Reiches und seiner Würde gegenwärtig keine anderen Aufgaben als die der Erhaltung des Friedens, so lange derselbe mit Ehren haltbar sein wird. Der Ausgangspunct dieser Thätigkeit kann, wenn letztere berechtigt und erfolgreich bleiben soll, nur auf dem Boden der Verträge gesucht werden, welche Deutschland geschlossen hat. Wenn die im Uebrigen erfolgreichen Arbeiten der deutschen Politik im Interesse des Friedens seit drei Jahren in jedem Sommer durch Bulgarien und seine Fürsten gestört werden, so kann das diesem Balkanlande unmöglich das Wohlwollen der deutschen Politiker zuwenden. Wir stellen nicht den Satz als Richtschnur auf: knock down the first who breaks peace, aber wir finden es den Interessen unserer ebenso friedliebenden wie wehrhaften Nation entsprechend, daß Deutschland sein volles Gewicht im Rathe Europas dafür einsetzt, daß die ehrgeizigen bulgarischen Fürsten und Minister, welche geneigt sind, Feuer in Europa anzulegen, durch Europa zur Ruhe verwiesen werden. Der Prinz von Koburg so gut wie der von Battenberg vor ihm haben die Verträge gebrochen, auf Grund deren Bulgarien überhaupt existent geworden ist. Deutschland hält an diesen Verträgen fest, nicht aus Gefälligkeit gegen andere Mächte, sondern aus Achtung vor der eigenen Unterschrift, und weil jede Basis für seine Friedensbestrebungen fortfallen würde, wenn man die Verträge, welche unter dem Vorsitze Deutschlands geschaffen wurden, nach beliebiger politischer Convenienz zu Gunsten strebsamer junger Fürsten ignoriren wollte. In diesem Sinne widerstand die Regierung vor einem Jahre dem Vorstürm zu Gunsten Battenberg's, und widersteht sie heute der Zumuthung, die von ihr vollzogenen Verträge und damit die Basis ihrer Friedenspolitik dem von ihr von Haus aus gemißbilligten Orleans-Koburgischen Unternehmen zu opfern. Wir sind der Ansicht, daß das Unternehmen des Prinzen Ferdinand eine noch weit schärfere Beurtheilung verdiene, als seinerzeit das Verhalten des Battenbergischen Prinzen. Für die Frivolität, mit welcher der Friede Europas dabei aufs Spiel gesetzt worden ist, läßt sich auch nicht der Schein einer Entschuldigung anführen. Nur wenn man den Prinzen Ferdinand als Träger einer ausschließlich orleanistischen Politik auffaßt, vermag man sein Unternehmen unter einen logischen Gesichtspunct zu bringen. Die Interessen des Hauses Orleans sind von der Art, daß dauernder Friede in Europa sie nicht fördern wird. Ein europäischer Krieg, wie und wo immer er entstehen mag, würde zunächst das „Bestehende" in Frage stellen und nach dessen Sturz Wege und Raum für einen Wechsel der Zustände in Frankreich schaffen können.

Wir hoffen, daß der Verfasser des Artikels in Nr. 243 der „Kölnischen Zeitung" aus dieser Darlegung entnehmen werde, daß die deutsche Politik sich nicht in einem Wettlaufe mit Frankreich um die Gunst Rußlands befindet, sondern in voller Selbstständigkeit die Bahnen wandelt, welche ihr durch die Interessen des deutschen Reichs für angezeigt und durch die bestehenden Verträge für geboten hält. Wir empfehlen dem Verfasser jenes Artikels, wenn er die Politik der Regierung mißbilligt, lieber an der Einsicht als an dem Ehrgefühl ihrer Leiter zu zweifeln.

Leipzig, 7. September 1887.

* **Vom Kaiser und der geplanten Reise nach Stettin** wird uns aus **Berlin** vom Montag geschrieben:

Die örtlichen Schmerzen, welche sich bei dem Kaiser in Folge des jetzt beim Paradediner erlittenen Falles eingestellt, vermindern sich mehr und mehr, und Se. Majestät ist nicht gehindert, die regelmäßigen Vorträge entgegenzunehmen und die laufenden Regierungsgeschäfte mit gewohnter Pünctlichkeit zu erledigen. Das allgemeine Befinden des hohen Herrn wird als befriedigend bezeichnet. Gestern machte der Kaiser eine kurze Spazierfahrt, allerdings im geschlossenen Wagen, heute mußte die Ausfahrt des regnerischen Wetters wegen unterbleiben. Ebenso ist zunächst die abermalige Uebersiedelung der Majestäten nach Schloß Babelsberg, welche für heute in Aussicht genommen war, verschoben worden.

Wenn auch der Kaiser zu seinem lebhaftesten Bedauern auf den dringenden Rath der Aerzte darauf verzichten mußte, die Reise nach Königsberg zu unternehmen, so hofft er um so eher mit der Kaiserin in Stettin anwesend sein zu können. Bei der viel geringeren Entfernung ist die Reise nach Pommern nicht so anstrengend wie die nach Ostpreußen und bis zum 11., wo die Abfahrt von hier erfolgen soll, dürften die letzten Spuren des neulichen Unfalls überwunden sein.

Mit der Stettiner Reise wird von allen Seiten zugleich die bereits viel besprochene Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem Czar Alexander in Verbindung gebracht. Wenn nun auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" heute Abend in ganz bestimmter Weise versichert, daß „in unterrichteten Kreisen" von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt ist, so halten andererseits die „Kreuzzeitung" und die „Post", welche beiden Blätter bekanntlich sich sehr guter Beziehungen zu den leitenden Kreisen erfreuen, mit Entschiedenheit daran fest, daß die Begegnung der beiden Herrscher als sicher bevorstehend gelte. Beide Zeitungen melden auch übereinstimmend, daß Kaiser Wilhelm und Kaiserin Augusta am nächsten Sonntag nach Stettin abreisen würden, um daselbst am Montag die Ankunft des Kaisers Alexander zu erwarten.

Es wird nun daran erinnert, daß gelegentlich früherer Reisen und geplanter Zusammenkünfte von Seiten des Kaisers Alexander wiederholt der Wunsch ausgesprochen wurde, daß Ort und Zeit der Zusammenkunft nicht vorher bekannt gegeben, vielmehr möglichst geheim gehalten würden, und man ist mehrfach der Meinung, daß dieselbe vielleicht aus der Rücksicht auf diesen bekannten Wunsch des Zaren, über seine Reisen vorher nichts zu verlautbaren, die Note der „Norddeutschen" zu erklären sei. (Wir glauben, daß die Begegnung zwischen den Monarchen **nicht** stattfinden wird, und bemerken, daß das präcise Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" weder der „Post", noch der „Kreuzzeitung" bei Abdruck ihrer Mittheilungen bekannt war. Die Redaction.)

Unser Gesandter in Kopenhagen, Herr v. den Brincken, welcher vor einigen Tagen von dort nach Berlin gekommen war, ist wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Es kann nicht fehlen, daß zumal in einer Zeit, wo die innere Politik noch immer feiert, sowohl die Abreise von Kopenhagen, wo Kaiser Alexander gerade jetzt als Gast seines Schwiegervaters weilt, wie die baldige Rückkehr des Herrn v. den Brincken zu den verschiedensten Commentaren Anlaß bot.

Zur Sache meldet die „Ostseezeitung" aus **Stettin**, 5. September:

Die Nachricht, daß der Kaiser die beabsichtigte Reise nach Königsberg aufgegeben hat, hat hier allgemein die Hoffnung erweckt, daß mit um so größerer Bestimmtheit der Besuch des Kaisers in unserer Stadt erwartet werden darf. Die Vorbereitungen zum Empfang werden mit erhöhtem Eifer getroffen. Im königl. Schloß wird eine besondere Telegraphenstation eingerichtet, welche in directer Verbindung mit Berlin steht, die dort eingerichtete Fernsprechanlage ist schon heute außer Betrieb gesetzt, um durch deren Drähte nicht die Telegraphenleitung zu führen. Die für den Kaiser und sein Gefolge bestimmten Wohnräume werden in einigen Tagen hergerichtet sein. An der Stelle des früheren Oberthores ist heute mit dem Bau der Ehrenpforte begonnen worden. Am Rathhause wurden heute mehrere Fuhren junger Kiefern abgeladen, aus welchen in den Kellereien des Rathhauses durch eine Anzahl Frauen Guirlanden für die Ehrenpforte und zur Schmückung der Flaggenstangen gebunden werden. Die Effectbeleuchtung des Rathhauses, des Springbrunnens am Victoriaplatz, der Thore und einiger öffentlicher Gebäude während der Illumination ist dem Privatfeuerwerker Herrn Gustav Haack vom Magistrat übertragen worden. Die Anordnungen für die Ankunft des Kaisers werden dadurch, daß der Kaiser anstatt aus Königsberg nunmehr aus Berlin und möglicher Weise auch zu einem anderen Zeitpunct hier eintreffen wird, voraussichtlich eine Aenderung erfahren, doch ist darüber Bestimmtes noch nicht bekannt geworden.

* * *

* In **Sofia** wurde Wohnung für Prinzessin **Clementine** hergerichtet und zur Feier der bevorstehenden Ankunft der Mutter des Fürsten ein großes Festmahl angeordnet.

* Eine **Wiener** Correspondenz der halbamtlichen „Brünner Morgenpost" bespricht unter Hinweis auf die Anwesenheit des **Grafen Waldersee** bei den mährischen Manövern das **Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland**. In dem Artikel heißt es u. A.:

„Nichts ist widersinniger als die Annahme, daß die deutsch-

SLUB
Wir führen Wissen.